

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturzen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restameile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Die Redaktion der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 56

Altensteig, Mittwoch, den 8. März 1933

56. Jahrgang

Auch über Stuttgart die Falkenkreuzfahne

Landtagspräsident Mergenthaler verkündet den Beginn der nationalen Revolution in Württemberg
Sitzung der Falkenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden
Stuttgart, 7. März. Bei Veranlassung des Landtagspräsidenten Mergenthaler wurde Dienstag nachmittags 5 Uhr auf dem Landtagsgebäude

die Falkenkreuzfahne, die Flanne Schwarz-Weiß-Rot und die württembergischen Landesfarben schwarz-rot schwebt. Kurz vor 5 Uhr marschierten aus allen Richtungen die Formationen der SA, SS, und des Stahlhelms vor dem Landtagsgebäude auf, wo sich bereits eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden hatte. Im ersten Stock des Landtagsgebäudes hatten sich Landtagspräsident Mergenthaler, SA-Gruppenführer v. Jagow, Stahlhelmlührer Major a. D. Colshorn, der Landeseckschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei Hauptmann a. D. Wiefel, Gauleiter Rurr sowie zahlreiche Landtagsabordnete der Rechten eingefunden. Während die Musikkapellen das Deutschlandlied spielten, das von den Anwesenden mitgesungen wurde, wurden unter kühnlichen Hoch- und Weilen die Fahnen am Mast hochgezogen. Landtagspräsident Mergenthaler hielt eine kurze Ansprache, die durch Lautsprecher übertragen wurde, in der er ausführte, daß jetzt der Novemberbertrag ein Ende habe. Die Hisung der Falkenkreuzfahne am Landtag ist die Leittung für die Hisung des roten Zeichens im November 1918. Heute ist, so betonte Präsident Mergenthaler unter kühnlichen Beifallsrufen, auch in Württemberg die nationale Revolution angebrochen. Der Sieg vom 5. März ist die Antwort auf die Reden des Staatspräsidenten Dr. Vols und seine Schmähung des Geistes von Potsdam. Wir fordern den Staatspräsidenten Dr. Vols auf, unverzüglich abzutreten und einer nationalen Regierung in Württemberg Platz zu machen. Wir richten an ihn die letzte Mahnung, sein Amt niederzulegen oder die Reichsregierung wird ein anderes Wort mit ihm sprechen. Präsident Mergenthaler schloß seine Ansprache mit einem „Sieg Heil“ auf das deutsche Vaterland und das Heimland Württemberg, auf Hindenburg und Adolf Hitler.

Das Innenministerium, das von der Flagenhisung Kenntnis hatte, hat keinen Einspruch erhoben. Die Polizei forschte, daß Zwischenfälle sich nicht ereigneten.

Vom Landtagsgebäude zogen die Nationalsozialisten zum Rathaus und veranlaßten kühnlich die Hisung der Falkenkreuzfahne. In Abwesenheit des Oberbürgermeisters verhandelte Bürgermeister Dr. Klein mit den SA-Gruppenführern v. Jagow, Württembergischer Dr. Klein erhob energischen Protest gegen die Hisung einer Parteifahne. Trotz des Protestes wurde die Fahne zuerst aus einem Fenster des 1. Stocks und später auf dem Turm gehißt. Vor dem Rathaus ist eine SA-Wache aufgestellt.

Im Verlauf ihrer weiteren Kundgebung haben die Nationalsozialisten die Falkenkreuzfahne noch gehißt im Innenministerium, im Polizeipräsidium und auf dem Gebäude des Staatsministeriums, der Villa Reichenstein. Staatspräsident und Innenminister Vols hatte angekündigt, keinen Widerstand zu leisten, um Unruhezustände zu vermeiden.

Ein Zug der Nationalsozialisten ging zum Gewerkschaftshaus in der Ehlinger Straße, wo die rote Fahne entfernt und die Falkenkreuzfahne aufgezogen wurde.

Ueber die Vorgänge im Haus des Deutschtums, wo der Süddeutsche Rundfunk untergebracht ist, wird uns gemeldet, daß die Nationalsozialisten und der Stahlhelm, begleitet von einer großen Menschenmenge, in den Hof mit klingendem Spiel einzogen, wobei Gauleiter Rurr eine Ansprache hielt. Unter dem Gesang des Deutschlandliedes wurde die Falkenkreuzfahne und die Flanne Schwarz-weiß-rot aufgezogen. Die Vorgänge wurden auf den Mühlacker und den Freiburger Sender übertragen.

Die rote Fahne, die die Nationalsozialisten vom Gewerkschaftshaus in der Ehlinger Straße heruntergeholt hatten, ist nachher auf dem Leonhardplatz verbrannt worden. Die Falkenkreuzfahne ist im Verlaufe des Abends auch auf dem Bahnhofsplatz aufgezogen worden.

Wie uns von der Polizei mitgeteilt wird sind die nationalsozialistischen Kundgebungen und Umsätze, die etwa gegen 8 Uhr ein Ende fanden, in vollkommener Ruhe verlaufen. Irrenwelsche Gewalttätigkeiten sind nicht bemerkt worden. Wie wir hören,

daß die SA-Leitung der Polizei die absolute Zusicherung geben, daß die Zeitungsgebäude in Stuttgart unangefastet bleiben.

SA-Führer bei Staatspräsident Dr. Vols

Wie wir hören, verhandelte Dienstag nachmittags SA-Führer an ihrer Spitze SA-Gruppenführer von Jagow mit Staatspräsident Dr. Vols, wobei sie die Hisung der Falkenkreuzfahne auf verschiedenen öffentlichen Gebäuden für die Zeit von 24 Stunden verlangten. Staatspräsident Dr. Vols gab dazu seine Zustimmung, verlangte aber, daß die Falkenkreuzfahne auf dem Innenministerium abends noch einhebt wird, womit die SA-Führer einverstanden waren. Staatspräsident Dr. Vols erklärte noch, daß die württ. Regierung am Mittwoch eine Sitzung abhalte, um zur Frage der Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Für die Neuordnung der Verhältnisse in Württemberg wird die Regierung kein Hindernis bilden. Zurütretten kann sie nicht, weil sie nur eine schütz-

führende ist. Das weitere liegt beim Landtagspräsidenten Mergenthaler, der dafür zu sorgen hat, daß der Landtag zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten zusammentritt.

Falkenkreuzfahnen auf der Moltke-Polizei-Kaserne in Stuttgart gehißt

Stuttgart, 8. März. (Telegr.) Heute früh 7 Uhr rückten Teil der SA und SS zur Moltke-Polizei-Kaserne und übergaben der dort untergebrachten Schutzpolizei zwei Falkenkreuzfahnen, die von einem Polizeioffizier auf dem mittleren Turm der Kaserne und auf dem Unterturmslohn zur rechten an der Schwabstraße gehißt wurden. Wie uns von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, waren die Fahnen von der Moltke-Kaserne selbst gestern abend schon telefonisch angefordert worden. Umlaufende Gerüchte über eine Bewaffnung der SA werden in Uebereinstimmung mit Tatsächlich sind um halb 8 Uhr heute früh SA- und SS-Kolonnen unbewaffnet durch die Schwabstraße und die Stadt marschiert.

Der Reichspressechef über die Lage

Die Beratungen des Reichskabinetts - Kein Ausnahmezustand

Berlin, 7. März. Reichspressechef Ministerialdirektor Jung sprach über alle deutschen Sender zur Lage nach der Wahl. Er führte u. a. aus:

Das Reichskabinetts war Dienstag nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammengetreten, um zu der Lage nach den Wahlen Stellung zu nehmen. Zunächst erstattete der Kanzler einen Bericht über die durch die Reichstagswahl geschaffene politische Situation. Der neuwählte Reichstag soll in der Zeit vom 2. bis 8. April zusammentreten. Die feierliche Eröffnungssitzung wird in der Potsdamer Garnisonstraße stattfinden. Der Raum für die weiteren Sitzungen steht noch nicht fest. Die Goltzstraße für die Abgeordneten am Tage der Reichstagsöffnung werden in der evangelischen Nikolaiskirche und in der katholischen Stadtpfarrkirche in Potsdam stattfinden. Reichspräsident von Hindenburg wird am Eröffnungstage am Grab Friedrich des Großen einen Kranz niederlegen.

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts hob der Reichskanzler Adolf Hitler hervor, daß nunmehr eine großartige Propaganda- und Kulturschaffungsarbeit einsetzen müsse, damit keine politische Verbargheit aufkomme und daß diese Volksaufklärung von einer neu zu errichtenden Zentralstelle ausgehen müsse. Ferner betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern. Dem Reichstag wird ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt werden, das verfassungsändernden Charakter trägt. Reichskanzler von Papen sprach dem Herrn Reichskanzler und der nationalsozialistischen Organisation den Dank des Reichskabinetts für die bewundernswerten Leistungen bei der Wahl aus. Dasselbe tat Reichsarbeitsminister Selbste für die Kampfkraft Schwarz-Weiß-Rot. Reichsinnenminister Dr. Frick berichtete in der Kabinettsitzung über die Vorgänge in Hamburg, Bremen, Lübeck und Bessen. Dr. Frick führte aus, daß die Maßnahmen des Reiches erfolgen müssen, weil sonst höchste Gefahr für Ruhe und Sicherheit in diesen Ländern bestünde. Die bisherigen Maßnahmen in diesen Ländern haben keine Reaktionen mehr im Volk, und die Disziplin der Polizei erscheint unerschütterlich, wenn das Reich nicht eintritt.

Gemeinsame Besprechung beim Reichspräsidenten

Berlin, 7. März. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute Reichskanzler Hitler, Vizekanzler von Papen, Reichsminister des Innern Dr. Frick, Reichswehrminister Freiherr von Blomberg und Reichsminister und Reichstagspräsident Göring zu einer gemeinsamen Besprechung der politischen Lage.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Das Ermächtigungsgesetz - Kein Ausnahmezustand zu erwarten

Berlin, 7. März. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag nicht am 3. April zusammentritt, und dann bis zum 8. April, sondern daß die Eröffnungssitzung an einem Tage zwischen den beiden angegebenen Daten stattfindet. Der genaue Termin liegt noch nicht fest; er hängt von technischen Gründen ab.

Weiter erfahren wir ergänzend zu dem Plane eines Ermächtigungsgesetzes, daß die Reichsregierung hofft, durch Unterstützung auch des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei die Zweidrittelmehrheit zu erreichen, die bei einem verfassungsändernden Charakter der Ermächtigung notwendig ist. Praktisch liegen die Dinge im Reichstag so, daß die Zweidrittelmehrheit sich bei 347 Abgeordneten auf 432 beläuft. Sämtliche Parteien von rechts bis zum Zentrum und Bayerischer Volkspartei umfassen 440 Abgeordnete, so daß damit die Zweidrittelmehrheit gut gegeben wäre.

Ueber die angeforderte Zentralstelle für die Reichspropaganda ist heute im Kabinettsrat nur allgemein und grundsätzlich gesprochen worden; die personellen und sachlichen Einzelheiten wurden noch nicht behandelt. Es steht deshalb noch nicht fest, ob ein besonderes Ministerium hierfür geschaffen wird, oder ob es sich um ein Reichskommissariat oder etwas ähnliches handelt. Zunächst wird der Reichskanzler mit den zuständigen Ressorts über die Einzelheiten Fühlung nehmen.

Ein Aufruf der Reichsregierung, mit dem man in den letzten Tagen rechnete, und der die erste Kundgebung des Reichskabinetts nach der Wahl darstellen sollte, kommt nicht mehr in Frage.

Ebenso werden von unterrichteter Seite ausdrücklich die Gerüchte dementiert, die von der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes wissen wollen. Ein Berliner Abendblatt hatte sie als möglich bezeichnet. Bei allen Besprechungen der maßgebenden Stellen ist davon aber mit keinem Wort die Rede gewesen, also auch nicht in der Konferenz, die heute vormittag beim Reichspräsidenten stattgefunden hat.

Bemerkenswerterweise hatte die bisherige Hamburger Regierung um die Verhängung des Ausnahmezustandes um das Gebiet von Hamburg gebeten. Dieser Wunsch ist aber abgelehnt worden, da die zuständigen Reichsstellen die Notwendigkeit nicht anerkennen konnten. Die außenpolitischen Fragen scheinen heute im Kabinettsrat noch nicht besprochen zu sein. Die nächste Kabinettsitzung wird erst am Samstag stattfinden, sie wird sich in erster Linie mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Für die Wiedereinführung der alten Reichsfarben

Berlin, 7. März. Der Koffhäuserbund erläßt folgende Erklärung: Mit Freude und Genugtuung begrüßt es der Koffhäuserbund im Namen seiner drei Millionen ehemaligen Soldaten, daß die Reichsregierung die Wiedereinführung der Reichsflagge Schwarz-weiß-rot plant. Der Koffhäuserbund, dem diese Farben stets ein Symbol der Reichseinheit, deutscher Loyalität und deutscher Taten, deutschen Heldentums und deutschem Opfermutes waren, hat auch in bittersten Zeiten unentwegt an diesen Farben festgehalten und sie als Ehrenzeichen seines großen Soldatenbundes treu geführt in dem festen Glauben, daß mit ihnen der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes erfolgen wird. Im Namen der zwei Millionen Kameraden, deren heißigen Opfermutes das ganze deutsche Volk am kommenden Sonntag gedenkt und im Namen der unzähligen Millionen, die unter der Fahne Schwarz-weiß-rot im Frieden und Krieg den Ehrentod des deutschen Volkes trugen, erwartet der Koffhäuserbund, daß die Reichsregierung die alten heiligen Farben Schwarz-weiß-rot so schnell wie möglich herausschleift aus dem Parteilager und sie wieder einsetzt als Fahne des nationalen wehrwilligen gesamten deutschen Volkes. Mit Schwarz-weiß-rot zum neuen Aufstieg und zur Freiheit!



Eine historische Nacht in Hessen

Dr. Carl Hiltschmidt

Darmstadt, 7. März. Innerhalb weniger Stunden wurde in der Nacht zum Dienstag über die weitere Gestaltung der politischen Lage in Hessen entschieden. Nach der raschen Befestigung eines Mißverständnisses, das in einer ersten Unterredung zwischen dem vom Reichsinnenminister Dr. Frick eingesezten Polizeikommissar für Hessen, Regierungsrat Dr. Müller, und dem bisherigen sozialdemokratischen Staatspräsidenten Adenung vorübergegangen war, wurde von Dr. Müller die Polizeigewalt übernommen. In Begleitung des nationalsozialistischen Gauführers Sprenger und einiger engerer Mitarbeiter besetzte Polizeikommissar Dr. Müller unter Mitwirkung der Standarte 115, die durch answärtige SA aus dem Odenwald und den benachbarten Bezirken verstärkt war, das Innenministerium, das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus, die Wohnung des Staatspräsidenten Adenung und des Innenministers Lenkner, sowie das Verlagsgelände des sozialdemokratischen „Volksfreund“. Die Maßnahmen gingen ohne jeglichen Widerstand vor sich. Innerhalb weniger Stunden war die ganze Aktion Müllers durchgeführt. Die zahlreichen Schutzpolizeibeamten im Innenministerium und in einigen anderen Gebäuden übergaben ohne Widerstand ihre Waffen der SA-Führung. Der Polizeikommissar des Reiches, Dr. Müller, hat seine Aufgabe bereits übernommen. Dr. Müller hat gegen Mitternacht folgende Bekanntmachung an die Bevölkerung Hessens erlassen:

Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaates Hessen auf mich übertragen. Ich habe heute, den 6. März 1933, 23.30 Uhr, die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen. Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best zum Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen mit der Befugnis, mich zu vertreten, und den Polizeileutnant Fendel-Satorius (bisher Führer der Bereitschaftspolizei in Mainz) zum Führer der gesamten uniformierten Polizei, sowie der Gendarmarie Hessens ernannt. Zur Unterstützung der staatlichen Polizei bestelle ich gemäß noch ergehender Anordnungen Hilfspolizei, die aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden entnommen werden soll. Ich ermahne die gesamte Bevölkerung, in diesen Tagen des Überganges strengste Disziplin und höchste Besonnenheit zu wahren, um den Organen des Staates, bei denen ausschließlich die Ausübung der öffentlichen Gewalt liegt, ihre Aufgabe, die Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht zu erschweren.

Staatspräsident Dr. Adenung hat an den Reichsinnenminister Dr. Frick ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Minister von der Uebergabe der Polizeigewalt an Dr. Müller Kenntnis gibt und gleichzeitig Einspruch gegen diese Maßnahme erhebt.

Retlungsversuche für die Abrüstungskonferenz

Wie der englische Außenminister Sir John Simon im Unterhaus mitteilte, werden er und MacDonald noch in dieser Woche nach Genf abreisen. MacDonald erklärte, er und Simon gingen nach Genf, um die Abrüstungskonferenz zu dem Punkte zu bringen, an dem eine Vereinbarung erreicht oder doch in greifbarer Nähe sein würde.

Wie verlautet, will MacDonald zu Beginn der nächsten Woche nach Ankunft des amerikanischen Vertreters Davis mit privaten Besprechungen beginnen. Er hofft bekanntlich, daß Hitler und Mussolini nach Genf kommen. Mussolini ist nicht gewohnt Italien zu verlassen. Die englische Regierung hat aber den italienischen Botschafter in London, Grandi, der dieser Tage nach Rom reiste, er sucht, festzustellen, ob bei Mussolini Neigung besteht, nach Genf zu kommen.

„Unsere Geduld ist erschöpft“

Entwicklung der Lage auf der Abrüstungskonferenz

Berlin, 7. März. Contidienst meldet: In der Presse wird in diesen Tagen sehr ausführlich die englische Anregung zu einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten oder Außenminister der Großmächte in Genf erörtert. Diese Anregung geht auf die persönliche Initiative des englischen Ministerpräsidenten MacDonald zurück, der aus seiner Unzufriedenheit mit dem Stand der Konferenzverhandlungen den Versuch unternimmt, die Arbeit der Abrüstungskonferenz wieder in Gang zu bringen. Die Entscheidung darüber, wer von deutscher Seite zu einer solchen Zusammenkunft gehen wird, ist noch nicht getroffen. Für Deutschland steht die Tatsache im Vordergrund, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Genf durchaus nicht mit unseren Wünschen übereinstimmt. In den verantwortlichen Kreisen in Deutschland ist man schon lange mit der Atmosphäre auf der Abrüstungskonferenz unzufrieden. Der durch die Wiederbeteiligung Deutschlands an den Verhandlungen erwartete Anstoß im vergangenen Herbst ist ausgeblieben.

Offenbar hat diese Unzufriedenheit jetzt auch in England Platz gegriffen und zu der Anregung MacDonalds geführt. Bisher liegen aber weder von Italien noch von Frankreich positive Zusagen vor und es dürften berechtigte Zweifel daran bestehen, ob Mussolini an einer derartigen Besprechung teilnehmen wird. Wenn es also dann vor allem lediglich zu einer englisch-französischen Aussprache kommen würde, so wird sich England hoffentlich davor hüten, sich auf faule Kompromisse einzulassen.

Bei der ganzen Entwicklung der Verhältnisse in Genf darf man nicht vergessen, daß Deutschland ja doch in der Abrüstungsfrage den anderen gegenüber als Gläubiger dasteht und die anderen als Abrüstungsschuldner erst einmal sagen sollen, wie sie zur Abrüstung beitragen wollen. Die verschiedentlich in diesen Tagen erörterte Idee einer fünfjährigen oder noch längeren Abrüstungspause kommt für Deutschland überhaupt nicht in Frage, nachdem man uns zwölf Jahre hat warten lassen.

Genjer Luftfahrtausdruck

Genf, 7. März. Im Luftfahrtausdruck, der sich mit der Schaffung einer internationalen Luftfreizone nach dem französischen Plan befaßt, sprach der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Brandenburg. Er hob hervor, daß Deutschland keine militärische Luftmacht besitzt und daher nicht zu den in erster Linie interessierten Staaten gehöre, da es zur Zeit nicht in der Lage wäre,

an der Ausübung einer internationalen Luftfreizone zu beteiligen. Ich bin überzeugt, daß die Deutsche Luftkassa es sich zur Ehre rechnen würde, dem Völkerbunde ihre Flugzeuge gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung zu stellen und ihn so von der Notwendigkeit zu befreien, dauernd eine große und teure Luftflotte zu unterhalten. Ich komme immer wieder zurück auf den deutschen Vorschlag, ein allgemeines Bombenabwurfsverbot und eine entsprechende Definition des Begriffes „Militärluftzeug“ zu beschließen. Mit dem Augenblick, wo wir dies tun würden, wären wir aller Sorgen um die beschriebene militärische Verwendung der Zivilluftfahrt enthoben. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde dann ein Unterkomitee eingesetzt.

Einspruch der Danziger Regierung

gegen die Verstärkung der Wachmannschaft auf der Westerplatte

Danzig, 7. März. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die polnische Regierung die Wachmannschaft der Westerplatte, deren Stärke vertraglich festgesetzt ist, über die festgesetzte Zahl hinaus vergrößert hat, hat die Danziger Regierung bei dem Kommissar des Völkerbundes in Danzig unerbittlich gegen den Vertragsbruch Einspruch eingelegt und den Kommissar ersucht, alle Schritte zu unternehmen, um den Vertragszustand wiederherzustellen. Die Danziger Regierung hat dabei festgestellt, daß der Kommissar des Völkerbundes über das Vorgehen der polnischen Regierung bereits unterrichtet war, und daß er auch von sich aus Schritte unternommen hätte.

Der Völkerbundskommissar hat am Montag Abend an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papoc, ein Schreiben gerichtet, worin er unter Beifügung einer Abschrift des Schreibens des Danziger Senats den polnischen Vertreter auffordert, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß die fraglichen Polizeimannschaften unverzüglich von der Westerplatte zurückgezogen werden, da die Verstärkung der Besätze erfolgte, ohne daß die polnische Regierung vorher ein Ersuchen in dieser Richtung an den Hohen Kommissar gerichtet hätte und ohne daß dieser die erforderliche Erlaubnis gegeben hätte.

Ein Aufruf des Danziger Senats wegen der Westerplatte

Danzig, 7. März. Der Senat erläßt nachstehenden Aufruf: „An die Bevölkerung der freien Stadt Danzig! Die polnische Regierung hat einen schweren Rechtsbruch gegen die freie Stadt Danzig unternommen und ohne Genehmigung des Hohen Kommissars und unter Verletzung der bestehenden Verträge auf der Westerplatte eine Truppenabteilung mit schweren Waffen gelandet. Sowohl der Senat wie der Hohe Kommissar haben sofort alle erforderlichen Schritte unternommen, um diesem schweren Rechtsbruch entgegenzutreten.“

Ein Teil der Danziger Einwohnerwehr ausgerufen

Danzig, 7. März. Von der Polizeipoststelle wird folgendes mitgeteilt: Aus Anlaß des polnischen Gewaltdeluges auf der Westerplatte ist im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ein Teil der Einwohnerwehr ausgerufen worden. Die Einwohnerwehr, die den Charakter als Hilfspolizei hat, versteht mit den Beamten der Schutzpolizei den Streifen dienst.

Das Vorgehen der polnischen Regierung in Danzig, die Verstärkung der Wachmannschaften auf der Westerplatte, stellt, wie in ununterrichteten Kreisen zum Ausdruck gebracht wird, einen glatten Rechtsbruch dar. Nach den Abmachungen darf Polen auf der Westerplatte lediglich 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 80 Mann unterhalten. Polen hat das Recht, ein Ersuchen um Verstärkung dieses Bestandes beim Völkerbundskommissar zu unterbreiten, der eventuell die Entschädigung des Völkerbundesrates anrufen kann. Ein derartiges Ersuchen Polens ist nicht erfolgt. Es wird nun Sache des Völkerbundskommissars und der Danziger Regierung sein, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Deutschland wird selbstverständlich im Rahmen der Aktion vor dem Völkerbundsrat auf das entschiedenste den Danziger Standpunkt unterstützen. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit nicht so sehr darum, ob eine mehr oder weniger große zahlenmäßige Verstärkung der polnischen Besatzung auf der Westerplatte erfolgt, vielmehr überhaupt um die Tatsache, daß Polen mit diesen Maßnahmen lediglich das Ziel verfolgt, Danzig Gewalt anzutun.

Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses

Berlin, 7. März. Man rechnet damit, daß die abschließende Sitzung des Reichswahlprüfungsausschusses Ende nächster Woche stattfinden kann, also etwa am 17. oder 18. März. Beim Reichswahlprüfungsausschuss hat sich schon jetzt eine kleine Änderung insofern ergeben, als die Kampfstreit Schwarz-Weiß-Rot im Wahlkreis Koblenz-Trier einen weiteren Verhandlungspunkt erhält. Der Abgeordnete Professor Dr. Spahn ist somit in Koblenz-Trier noch gewählt worden. An der Gesamtzahl der Mandate der Kampfstreit ändert sich aber dadurch nichts, weil dafür gleichzeitig auf der Reichsliste wieder ein Mandat wegfällt. In Preußen ist die Zahl der nationalsozialistischen Mandate noch nicht ganz sicher. Es ist möglich, daß sich für die Staatspartei bei der Berechnung der Reststimmen auf der sozialdemokratischen Landesliste noch ein weiteres Mandat ergibt.

Militärdiktatur in Griechenland

Verhängung des Belagerungszustandes

Athen, 7. März. General Plastiras sagt in einer Rundgebung an das griechische Volk u. a.: Die beiden letzten Wahlen beweisen, daß das parlamentarische Regime Griechenland mit seinem Wahlgesetz eine lebensfähige Regierung geben kann. Gleichzeitig führe das parlamentarische System in Griechenland zu einer Verstärkung des Kommunismus. In der letzten Nacht bestand die fürchterliche Gefahr von Kubestörungen, Anarchie und Bürgerkrieg. In voller Uebereinstimmung mit meinen Mitarbeitern übernehme ich die Regierungsgewalt im Vertrauen auf Gott, auf die Unterstützung des griechischen Volkes und die uneingeschränkte Mitwirkung der bewaffneten Kräfte der Nation. Noch heute wird die Regierung den Eid ablegen. Sie wird für Ruhe und Ordnung, wirtschaftlichen Wiederaufbau und soziale

Befriedung sorgen. Die verfassungsmäßigen Rechte sind aufgehoben. Die lokalen Bürger dürfen aber in dieser Maßnahme nichts anderes sehen, als meine Entschlossenheit, die Ruhe und eine stabile Regierung zu sichern. In einer zweiten Proklamation des Generals heißt es: Nach Errichtung der Diktatur sind alle Versammlungen verboten. Es wird der Belagerungszustand verhängt.

Neues vom Tage

Scharfes Vorgehen gegen die Hersteller kommunistischer Propagandamaterials

Berlin, 8. März. Im Rahmen der Maßnahmen der politischen Polizei zur Bekämpfung des Kommunismus, die sich vor allem gegen die illegal hergestellten und vertriebenen Druckschriften der KPD richten, werden jetzt, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, auf Anordnung des Ministers Göring alle Druckereien und Verlagsunternehmen, die für die KPD liefern oder geliefert haben, richtungslos geschlossen. Die Sicherstellung der beschlagnahmten Druckmaschinen, dazu gehören besonders Rotations- und Schnellpressen aus sechs großen Druckereien, erfolgt in der Weise, daß die Räume versiegelt und durch Polizeiposten gesichert werden. Wie das Blatt weiter berichtet, wurden bei der Berliner Expeditionsfirma Schenker u. Co. größere Teile kommunistischer Propagandamaterialien, die zum Teil aus dem Ausland kam und nach China gehen sollte, gefunden und sichergestellt. Offenbar war von kommunistischer Seite versucht worden, einen Teil des bei dieser Expeditionsfirma lagernden Propagandamaterials im Auslande in Sicherheit zu bringen. So wurde in Wien unter dem Namen der Firma Schenker ein Waggon mit 64 Kisten Bücher ermittelt, die als Kinderbücher bezeichnet waren, tatsächlich aber kommunistische Propagandadrucke enthielten.

Wiederaufnahme der Büroarbeiten im Reichstag

Berlin, 7. März. Die Aufräumarbeiten konnten bisher im Reichstag nicht in Angriff genommen werden, da noch immer stark besuchte Führungen durch den ausgedehnten Reichstag stattfinden. Die Verwaltungsarbeit der Reichstagsbüros wird wieder in normaler Weise durchgeführt. Von den Fraktionen ist bisher nur der Nationalsozialisten und den Deutschnationalen die Benutzung ihrer Arbeitszimmer wieder gestattet worden. Die übrigen Fraktionen, wie das Zentrum und die Sozialdemokraten, konnten bisher ihre gewohnte Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen.

Der bayerische Ministerrat

für beschleunigte Regierungsbildung

München, 7. März. Ministerpräsident Dr. Feld hat heute namens des Gesamtministeriums an den Landtagspräsidenten Dr. Stang ein Schreiben gerichtet, in welchem gebeten wird, die bereits eingeleiteten Schritte zur Neubildung der Staatsregierung in Bayern beschleunigt durchzuführen.

Besprechung des südsächsischen Ministerpräsidenten mit dem Reichskanzler

Dresden, 7. März. Ministerpräsident Schied hat den Reichskanzler und den Reichsinnenminister gebeten, ihm Gelegenheit zu einer Aussprache über die politische Lage in Sachsen zu geben. Wie hier verlautet, haben der Reichskanzler und der Reichsinnenminister sich hierzu für Mittwoch bereit erklärt.

Rücktritt der Schaumburg-Lippische Regierung

Bielefeld, 7. März. Die Schaumburg-Lippische Landesregierung ist mit Rücksicht auf die veränderten politischen Machtverhältnisse zurückgetreten. Der Landtag wird sofort zusammentreten, um über seine Auflösung und die Neuwahlen Beschluß zu fassen.

Kommunistischer Anschlag

auf das deutsche Konsulat in Sevilla

Madrid, 7. März. Nach einer Meldung der Zeitung „Ahora“ schleuderten Kommunisten gegen das deutsche Konsulat in Sevilla Steine und beschmutzten das Konsulatsgebäude mit revolutionären Aufschriften in roter Farbe. Die Polizei verhaftete neun Personen.

Explosion in einer belgischen Filmfabrik — Bier Lote

Teroueren, 7. März. Bei der Societe des produits Chimiques, die sich auch mit der Herstellung von Filmen befaßt, ereignete sich eine folgenschwere Explosion. 15.000 Kilogramm Filmmaterial gingen in Flammen auf. Vier Personen kamen bei der Explosion ums Leben, eine Person wurde schwer verletzt.

Keine Teilnahme der Sowjetunion an den Arbeiten des Konsultationskomitees für den Fern-Ost-Konflikt

Moskau, 7. März. Auf die Einladung zur Teilnahme an den Arbeiten des Konsultationskomitees, das den Konflikt zwischen Japan und China weiter behandeln soll, antwortete Litwinow in einem ausführlichen Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes, die Sowjetunion halte es nicht für möglich, sich den Beschlüssen des Völkerbundes anzuschließen und im gegebenen Augenblick an dem beratenden Ausschuss teilzunehmen.

Mussini Mussolini an die Frauen Italiens

In einem Aufruf wendet sich Mussolini an die Frauen Italiens. Er kündigt den Kampf gegen ausländische Modezeitschriften an und warnt alle italienischen Frauen, in Paris einzukaufen. In seinem Aufruf sagt Mussolini u. a., daß er es für eine Pflichtvergeßlichkeit halte, wenn italienische Frauen italienisches Geld in fremden Städten ausgaben, um sich Dinge zu kaufen, die sie ebensogut in ihrer Heimat erhalten könnten. — Das trifft auch für deutsche Frauen zu!

Frick zur Flucht Brauns

Zu der Flucht des abgesetzten preussischen Ministerpräsidenten Brauns nach der Schweiz erklärt man jetzt im Berliner Polizeipräsidium, daß der Polizeidirektor Brauns vor fünf Tagen zurückgekehrt und abgeholt worden ist. Brauns müsse mit einem älteren Vah des früheren Polizeipräsidenten über die Grenze gegangen sein. Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat sofort die württembergische Regierung wegen des Verhaltens der Friedrichshafener Grenzpolizeibehörden um eine amtliche Klärung ersucht.



Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 8. März 1933.

Amthliches. Der Staatspräsident hat das Fortamt Wildbad dem Oberförster Dr. Wulz in Schrozberg übertragen und den Fortmeister Knappe in Ochsenhausen zum Fortmeister der Gruppe 3 befördert.

Ernannt wurde der Postmeister Bodczel in Bad Liebenzell zum Oberpostmeister in Rünzelsau.

SA und Stahlhelm als Grenzschutz. Seit Freitag, 3. März ist der bisherige Grenzschutz an der Schweiz durch die Hinzuziehung von SA- und Stahlhelmlisten verstärkt worden. Die Anordnung ging von der Reichszollverwaltung aus. Die Leute sind bewaffnet und übernehmen nicht nur die eigentlichen Grenzübergänge, sondern patrouillieren auch der ganzen Grenze entlang. Ihre Verwendung ist bis 15. März 1933 befristet. Auch in den Jügen aus dem Innern Deutschlands nach der Grenze wird die Kontrolle schärfer gehandhabt. Es ist jedermann dringend zu empfehlen, die notwendigen Ausweispapiere (Reisepaß, Grenzkarte) stets mit sich zu führen.

15. Deutsches Turnfest in Stuttgart. Die Festbesucher dieses größten Festes aller Deutschen werden wiederholt daran erinnert, daß die Frist für den ermäßigten Festbeitrag von 5 Mark, für Jugendliche bis zu 18 Jahren 3,50 Mark am 31. März abläuft. Wer sich später meldet, muß 6,50 Mark bzw. 4,50 Mark bezahlen. Inbegriffen ist in diesem Betrag die Festkarte, auf welche auch die Ermäßigung des Fahrgebüdes auf der Eisenbahn und Straßenbahn gewährt wird, sowie das Festbuch. Die Teilnehmer wenden sich am besten rechtzeitig an die Vorstände der Turnvereine, welche die Anmeldung nebst dem Festbeitrag weiterleiten und für das weitere besorgt sind. Es dürfte sich auch empfehlen, an den jeweiligen Versammlungen teilzunehmen, sie werden dabei über manches Wissenswertes unterrichtet werden.

Benzin billiger. Die in letzter Zeit immer häufiger aufgetretenen Preisunterbietungen von Augenlekturisten und die billigen Verkäufe durch „Schleuderapostellen“ haben die Betriebsstoffgesellschaften veranlaßt, die Preise für sämtliche Autotreibstoffe mit Wirkung vom 6. März an zu ermäßigen. In Stuttgart beträgt die Preisermäßigung 3 Pfennig, in Orten des Landes 2 Pfennig. Es dürfte sich hierbei in erster Linie um eine Kampfmaßnahme der Konventionen gegen die sog. ADAC-Vertragsfirmen handeln, die den Treibstoff beispielsweise in Württemberg um 4-5 Pfennig unter den Preisen der Konventionen stellen. Außer in Württemberg erfolgte die Preisherabsetzung in Baden, Bayern, Sachsen, Schöten und Rheinland.

Verfuchsbalkone. Die nächsten unbemannten Ballonaufstiege zu meteorologischen Forschungen finden am 8., 9., 22. und 23. März und am 12., 13., 26. und 27. April dieses Jahres statt. Die Finder werden gebeten, die Ballone und das Gerät nach der daran befindlichen Anleitung zu behandeln. In Zweifelsfällen wenden man sich an die nächste Ortspolizeibehörde oder an die zuständige Landeswetterwarte.

Wart, 7. März. (Generalversammlung des Darlehensvereins.) Wir leben in der Jahreszeit der Generalversammlungen. So hielt nach dem Kriegerverein der Darlehensvereinswart gestern im „Hirsch“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorstand, Hirschwirt Dürr, der im verflohenen Jahre verordneten Mitglieder Matthias Kübler, Michael Kern, Michael Kohler, Andreas Werner. Der Bericht des Vorstandes brachte einen allgemeinen Ueberblick über die Tätigkeit des Vereines und ließ erkennen, daß die Lage des Vereines trotz schwerer Zeit als gut zu bezeichnen ist. Der Bericht über den Kassenabluß, welchen der Rechner, Herr Bärle erstatte, wies einen Gesamtumsatz von 366 000 Mark auf. Der Barumsatz betrug 80 000 Mark. Der Reingewinn von 570 Mark soll hauptsächlich dem Reservefond und dem Aufwertungsfond zugeführt werden. Wie im Vorjahr, so werden auch heuer 6 Prozent Dividende verteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Hirschwirt Dürr, Bürgermeister Hartmann und Landwirt Friedrich Kübler; in den Aufsichtsrat: Heinrich Dürr, Väder. Bürgermeister Hartmann sprach im Namen der Genossenschaftler dem Vorstand und Rechner den Dank für die mühselige Arbeit während des vergangenen Rechnungsjahres aus. Anlässlich des Ausscheidens des Aufsichtsratsmitgliedes Joh. Gg. Hartmann gedachte der Vorstand dessen 33jähriger treuen Tätigkeit und übergab ihm als Zeichen des Dankes einen Rubelsteckel. Als Abschluß der Versammlung hielt Hauptlehrer Reich einen Vortrag über die Entstehung und Bedeutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Hieraus schloß der Vorstand die Versammlung, zu welcher sich auch eine Anzahl Mitglieder des Nachbarvereines Ebershardt eingefunden hatten, mit der Bitte an alle Genossen, zur Förderung des D. R. V. auch in den kommenden Jahren das Bestmögliche zu tun.

Magold, 7. März. (Seminarabstufung.) In der letzten Woche fand im Seminar die 1. Dienstprüfung ihren Abschluß. U. a. konnte die Befähigung zur Beförderung von Lehrstellen an Volksschulen erteilt werden: Kesseler, Johannes, Kottfelden; Koch, Walter; Magold; Raft, Jakob; Reuweiler; Schöttle, Eugen; Ebshausen.

Hornberg, OÄ. Calw, 7. März. Jagdpächter Kirn gelang es dieser Tage, ein Wildschwein (Jährling), das sich in einem Fuchseien versangen hatte, zu erlegen.

Schwenningen, 7. März. (Der Sprengstoffanschlag.) Zu dem Sprengstoffanschlag wird noch berichtet, daß nach den bisherigen Feststellungen dem Verdrehen offenbar ein persönlicher Racheakt gegen den Schlachthofdirektor Schletter voranzudrückt.

Stuttgart, 7. März. (Verwendung deutschen Holzes.) Bei der Vergabe von größeren Lieferungen, bei denen es sich um die Verwendung und Verarbeitung von Holz handelt, hat das Wehrkreisverwaltungsamt im Benehmen mit dem Waldbesitzerverband und Forstwirtschaftsrat die ausschließliche Verwendung deutschen Holzes den Lieferfirmen nunmehr zur verbindenden Verpflichtung gemacht.

Fhr. v. Stauffenberg nicht mehr gewählt. Unter den Abgeordneten, die nicht mehr gewählt worden sind, befindet sich auch der bisherige Reichstagsabgeordnete des Bauernbundes Fhr. v. Stauffenberg-Richtzen.

Neuenhaus, OÄ. Rürtingen, 7. März. (Zum zweiten Mal nicht befristet.) Wie mitgeteilt wird, ist der frühere Ortsvorsteher Bäurle zum zweitenmal nicht befristet worden.

Birenbach, OÄ. Göppingen, 7. März. (Einbruch im Rathaus.) In der Nacht zum Samstag ist in das Rathaus in Birenbach eingebrochen worden. Der Täter ist durch Aufbrechen einer Türe in das Gebäude gelangt. Es fiel ihm ein Betrag von 12 RM. in die Hände, mehr Geld war nicht da.

Sonthem, OÄ. Heidenheim, 7. März. (Zur Bürgermeistereiwahl.) Zur Bürgermeisterwahl meldeten sich außer dem bisherigen Stelleninhaber Bürgermeister Häfeler, noch folgende Kandidaten: Oberamtsassistent Otto Maier-Heidenheim, Verm.-Präf. Eug. Breuling-Luttigart, Verm.-Präf. Willy Egler-Biberach und Verm.-Präf. Friedrich Wagner-Ruchen bei Geislingen.

Heilbronn, 7. März. (Verbot des „Redar-Echos“.) Wie die Polizeidirektion mitteilt, hat das Innenministerium das hiesige sozialdemokratische „Redar-Echo“ wegen eines aufreizenden Artikels mit der Ueberschrift „Kinder, die werden fernen“ auf die Dauer von 10 Tagen bis einschließlich 17. März verboten.

Heilbronn, 7. März. (Kabeldiebstahl.) In der Nacht zum 28. Februar wurde zum Nachteil der Arbeitsgemeinschaft für den Redardurchschnitt ein am westlichen Ufer des Kanals lagerndes kupfernes Kabel von 580 Meter Länge, bestehend aus 19 einzelnen Litzen im Gesamtdurchmesser von 12 Millimeter, entwendet. Da das Kabel ein Gewicht von circa 6 Zentner hat, muß der Diebstahl unter Verwendung eines Fahrzeuges durch mehrere Täter verübt worden sein.

Heilbronn, 7. März. (Die Winternothilfe nicht genehmigt.) Das Innenministerium hat die von der Verwaltungsabteilung beschlossene zweite Winternothilfe für die Erwerbslosen, für die diese vom Gemeinderat beschlossen worden hatte, nicht genehmigt. Die Ablehnung ist damit begründet, daß die Verwaltungsabteilung nicht gleichzeitig für Dedung gesorgt habe.

Weigheim, OÄ. Tuttlingen, 7. März. (Haueinbruch.) Am Samstag früh kurz vor dem Landwirt Johannes Hirt der Großteil seines Deloniceanweins zusammen. Es war ein donnerstähnliches Geleise, das die Einwohner aufhorchen ließ und alles glaubte an ein Erdbeben. Das Unglück ist fast ein Rätsel, weil das Anwesen sich im allgemeinen in gutem Zustande befand. Da es ein sehr hoher und größtenteils massiver Bau ist, dürften die vorausgegangen Erdbeben doch nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein. Verletzt wurde niemand. Auch das Vieh konnte restlos und unbeschadet geborgen werden.

Oberriedberg, OÄ. Laupheim, 7. März. (Räuchliche Brand.) Raum sind 4 Wochen verfloßen, daß dem Landwirt Martin Wegener die Scheune durch Feuer vernichtet wurde. Nun ist am Montagabend auch das Wohngebäude mit Stalling den verheerenden Flammen zum Opfer gefallen. Von Einrichtungsgegenständen konnte so viel wie nichts gerettet werden. Es soll sich, wie beim Scheunenbrand, wieder um Brandstiftung handeln.

Blaubeuren, 7. März. (Brand.) Am Sonntag nachmittags gegen 3 Uhr brannte das den Pfadfindern gehörende Häuschen beim Weggerfelsen ab. Der Brand ist durch Ueberheizung des Ofens entstanden.

Wie würde der Würt. Landtag aussehen?

Legt man die Stimmenzahlen der Reichstagswahl in Württemberg zugrunde, so ergäbe sich für die Zusammenfügung unseres Landesparlaments annähernd folgendes Bild:

	Zahl der Sitze	bisher
Nationalsozialisten	35	23
Zentrum	15	17
Sozialdemokraten	12	14
Kommunisten	7	7
Bauernbund	4	9
Christlich-nationale (Bürgerpartei)	4	3
Christlicher Volksdienst	2	2
Deutsche Demokraten	1	4
zusammen:	80	80

Wenn man von dem Reichstagswahlergebnis in Württemberg ausgeht, so ergibt sich, daß nach diesen Stimmenzahlen Nationalsozialisten, Deutsch-nationale und Bauernbund, also die Rechte, eine Mehrheit von zusammen 43 Sitzen bei insgesamt 80 Sitzen hätte; würde auch der Christliche Volksdienst mit einbezogen, so verfügte diese Koalition über 45 Mandate. Unbedingt sichere Schlüsse auf die Landtagswahlen wären allerdings auf Grund von Reichstagswahlen nicht möglich. Der 1932 im April gewählte Würt. Landtag würde normalerweise im Frühjahr 1936 neugewählt, da die Landtagsperiode nach der Verfassung vier Jahre umfaßt. Vor Ablauf der Landtagsperiode kann das Landesparlament durch Volksabstimmung aufgelöst werden, sofern der Landtag nicht selbst seine Auflösung beschließt. Die Frage der Auflösung des Landtages ist nach der Verfassung dem Volke vorzulegen, wenn das Staatsministerium es beschließt oder wenn ein Fünftel der bei der letzten Landtagswahl Stimmberechtigten das Volksbegehren stellt. Binnen zweier Monate nach der Auflösung müssen alsdann Neuwahlen stattfinden. Ob einer dieser Fälle eintritt, muß abgewartet werden.

Aus Baden

Bernobach, 5. März. (Sturz ins Kurzbett.) In der Nacht zum Montag stürzte der hiesige Gärtnermeister Gaiser in der Neubachstraße über das Geländer der Uferpromenade in das reingefüllte Kurzbett so unglücklich, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Pforzheim, 7. März. (Hakenkreuzfahne und Schwarz-Weiß-Rot auf dem Pforzheimer Rathaus.) Gestern vormittag gegen halb 12 Uhr erschien im Pforzheimer Rathaus eine Abordnung der Nationalsozialisten unter Führung des Standartenführers Kelling und verlangte, zum Oberbürgermeister vorzulassen zu werden. Die Nationalsozialisten, die in SA-Uniform waren und eine zusammengestellte Fahne mit sich führten, daß sie die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus hängen wollten. Oberbürgermeister Gündert erwiderte, er könne dies nicht gestatten, da das Hakenkreuzbanner als Parteifahne angesehen werde. Als die Abordnung auf ihrem Verlangen weiter bestand, erklärte der Oberbürgermeister, er „beuge sich der Gewalt“. Die Abordnung bog sich darauf ins zweite Stockwerk hinauf und ließ sich nach den Weg dorthin weisen, um

dann aus dem großen Mittelfenster des Rathauses die Fahne der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei herauszuhängen. Der Vorgang wickelte sich in ziemlich kurzer Zeit und in aller Ruhe ab. Während man die Fahne am Rathaus hängte, nahm eine nationalsozialistische Sturmabteilung aus dem Marktplatz, die dort aufmarschiert war, grüßende Haltung ein. Eine SA-Wache von sechs Mann wurde vor dem Rathaushaupteingang zurückgelassen, die zur Zeit noch alle paar Stunden durch neue Ablösung ersetzt wird. In den gefrigen Abendstunden wurde auf dem Pforzheimer Rathaus von einer Abteilung des „Stahlhelms“ auch die alte Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot aufgezogen. Sie weht nun neben der Hakenkreuzfahne.

Staufen bei Freiburg, 6. März. Am Sonntagabend gegen 6 Uhr erschloß ein 22 Jahre alter arbeitsloser Kandidat eine 21 Jahre alte hiesige Bürgerstochter und brachte sich dann selbst einen tödlichen Schuß bei. Der Grund zu der Tat soll darin liegen, daß das Mädchen das Verhältnis mit dem Täter abbrechen wollte. — Dazu erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Der Tote heißt Willi Gumpel, das Mädchen Friedel Hilt. Sie ist die älteste Tochter eines hiesigen Gastwirts. Ihre Eltern wollten von einer Heirat zwischen beiden nichts wissen. Die Verhältnisse spitzten sich zu, als Gumpel vor drei Wochen von seiner Arbeitsstelle entlassen wurde. Aus Verzweiflung über die Aussichtslosigkeit ihrer Hoffnungen schienen nun die beiden jungen Leute den Entschluß gefaßt zu haben, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Am Sonntagnachmittag unternahm beide einen Spaziergang vor die Stadt. Nüchtern hörten Spaziergänger mehrere Schüsse und sahen das Mädchen zu Boden sinken. Darauf richtete Gumpel, der ihn die herbeigeeilten Leute daran hindern konnten, die Waffe gegen sich selbst und brachte sich gleichfalls zwei tödliche Schüsse bei.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Die Bedeutung der neuen Zollzölle

Wp. Die am 23. Februar d. J. in Kraft getretenen neuen Zollzölle für eine Reihe wichtiger Holz- und Holzwarenpositionen des deutschen Zolltarifs sind sowohl von der deutschen Forstwirtschaft als auch von der Sägeindustrie und großen Teilen der holzverarbeitenden Industrie begrüßt worden. Ihre Bedeutung liegt darin, daß dieser Zollschutz den dringenden notwendigen „eisernen Vorhang“ darstellt, hinter dem sich allein eine Gesundung der innerdeutschen Holzmarktverhältnisse wieder anbahnen kann. Der Tiefstand der Holzpreise von 30 bis 50 Prozent unter Vorkriegsniveau, bei einer Befallung und Betriebsunkosten, die 200 bis 300 Prozent höher liegen als 1913, gestattet schon seit einigen Jahren keine rentable Wirtschaftsführung mehr. So daß diese Zollmaßnahmen als „Notstandszölle“ die unerlässliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der Rentabilität der Forst- und Holzwirtschaft bilden. Selbst vor einem namhaften holzwirtschaftlichen Fachmann und besonderen Kenner des deutschen Holzmarktes ist unter Hinweis auf den russischen Exportdrang zum Ausdruck gebracht worden, daß weder die deutsche Forstwirtschaft noch die Sägewerke und der Holzhandel mit Rußland konkurrieren könnten, wenn nicht diesen Wirtschaftszweigen ein ausreichender Zollschutz gewährt würde. Rußland unterbietet jeden Preis aus politischen und despolitischen Gründen und habe bei dem bislang unzureichenden Zollschutz in erster Linie die allgemeine Unsicherheit auf dem deutschen Holzmarkt hervorgerufen. Nicht die tatsächlich eingeführten Holzmenge seien für die Gestaltung der deutschen Holzmarktverhältnisse ausschlaggebend gewesen, sondern die Gefahr, daß bei anliegenden innerdeutschen Preisen die russische Holzmenge entsprechend wieder einsehen könnte, und damit neue Preisrückgänge herbeiführe.

Diese Ungewissheit über die russischen Holzexportabsichten ist es vor allem gewesen, das den deutschen Holzmarkt so gelähmt hat und die Holzwirtschaft hinderte, kaufmännische zu kalkulieren und zu disponieren. Deshalb ist es so außerordentlich wichtig, daß durch die neuen Zollmaßnahmen der Reichsregierung der „eisernen Vorhang“ gefallen ist, hinter dem die deutsche Forst- und Holzwirtschaft endlich wieder aufbauen kann. Ohne diese weitgehende Abhängung des deutschen Marktes vom Ausland ist im Hinblick auf den außergewöhnlichen Tiefstand der Holzpreise und die in den letzten Jahren in der Holzwirtschaft erlittenen Kapitalverluste ein solcher Wiederaufbau nicht denkbar. Es muß aber leider gesagt werden, daß die Zollzölle in ihrer Höhe den wohlbegründeten Forderungen der forstlichen Vertretungen nicht entsprechen. Auch hat man verschiedene Ausnahmen zugunsten der deutschen Sperrholz- und Parkettindustrie für notwendig gehalten, die doch recht bedenkliche Durchlöcherungen des Zollschutzes darstellen. Um so mehr muß gefordert werden, daß diese Zollzölle nicht in irgend welchen neuen Handelsverträgen gebunden werden, sondern autonom bleiben, damit jederzeit die Möglichkeit besteht, sie der Entwicklung der Holzindustrie gegebenenfalls rechtzeitig anzupassen.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 7. März. Weizen märk. 199 bis 201, Roggen märk. 155-157, Braugerste 172-180, Futter- und Industrieernte 163-171, Hafer märk. 125-129, Weizenmehl 24-27,25, Roggenmehl 21,10-22,85, Weizenkleie 8,75-9, Roggenkleie 8,75-9, Viktoriaerbsen 21-24, kleine Sojabohnen 19-21, Futtererbsen 12-14 RM. Allgemeine Tendenz: auf beobachtet.

Wärkte

Stuttgarter Schlachtdiermarkt vom 7. März
Rutrieb: 31 Ochsen, 47 Bullen, 211 Junabullen, 346 Kühe, 402 Kälber, 1354 Rinder, 1695 Schweine, 7 Schafe, Unterkaut: 1 Ochse, 3 Junabullen, 3 Kühe, 40 Rinder, 10 Kälber, 30 Schweine. Ochsen: ausgem. 26-28 (uno.), volll. 22-24 (22-25), fl. 18-20 (uno.). Bullen: ausgem. 24-26 (uno.), volll. 22-23 (uno.), fl. 20-21 (uno.). Kühe: ausgem. 22-24 (uno.), volll. 16-19 (uno.), fl. 12 bis 14 (uno.), ger. 9-11 (uno.). Rinder: ausgem. 30-31 (uno.), volll. 25-28 (uno.), fl. 21-24 (uno.). Kälber: feinste Kost- und uchte Sauat. 39-43 (30-42), mittl. 35-38 (uno.), ger. 30-33 (30-34). Schweine: über 300 Pfd. 43, von 240-300 Pfd. 42-45 (38 bis 39), von 200-240 Pfd. 41-42 (36-38), von 160-200 Pfd. 39-40 (35-36), von 120-160 und unter 120 Pfd. 36-38 (32 bis 34). Sauen 30-36 RM. Verkauf: Grobvieh mäßig belebt; Kälber belebt; Schweine mäßig belebt.

Pforzheimer Schlachtdiermarkt vom 7. März. Rutrieb: 5 Ochsen, 5 Kühe, 43 Rinder, 23 Ferkel, 41 Kälber, 2 Schafe, 37 Schweine. Preise: Ochsen 23-28, Ferkel 22-25, Kühe 18-22, Rinder 25-31, Kälber 34-41, Schweine 40-43 RM. Rutrieb: mäßig belebt.



Florsheimer Pferdemarkt vom 7. März. Auktions: 123 Pferde, darunter 2 Hohlen. Preise: leichte Pferde 150-400, mittlere 450 bis 850, schwere Arbeitspferde 900-1300, Schlachtpferde 50 RM.

Freiburger Schlachthausmarkt vom 6. März. Zulubr: 14 Ochsen, 39 Bullen, 34 Rinder, 123 Färsen, 180 Kälber, 1000 Schweine, 20 Schafe. Preise: Ochsen und Rinder 22-30, Färsen 22-25, Rinder 12-16, Kälber 32-42, Schweine 48-45, Schafe 22-25 RM. Der Verkehr war mittelmäßig, Landfleisch drei Pfennig über Höchstpreis, Heberhand bei Großvieh.

Kanensbura, 7. März. (Pferdemarkt.) Zulubr 85 Pferde. Preise: a 950-1050, b 850-750, c 200-300 RM Handel lebhaft.

Schweinepreise. Crailsheim: Käufer 25-30,50, Milchschweine 12-20,50 RM. — Ellwangen: Milchschweine 14 bis 17, Käufer 27,50-35 RM. — Kärblingen: Milchschweine 14-21, Käufer 25-30 RM. — Ravensbura: Seller 14-22, Käufer 25-40 RM. — Saulgau: Seller 20-25 RM.

Holzpreise

Winnenden, 6. März. Auf dem Holzmarkt betrug die Zufuhr 24 Wagen Bauholz und Schnittware. Der Preis für den Quadratmeter Schnittware bewegte sich bei Böden zwischen 1,40-1,60 M. für Satteldreier zwischen 1-1,15 M. für Bretter 75-80 S. für 1 lfdm. Latten 3,5-4 S. Handel und Verkauf waren gut.

Konkurse

Konkurs des + Kordmachers Ernst Harpf, jr. in Weikersheim. Konkurs des + Johannes Berner, gem. Schuhmachers in Friedenthal. Frau und Anna Ristler, Hausbesitzerin in Wiggenteut O. A. Wangen.

Vergleichsverfahren

Dr. Conrad Hildebrand, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Eberbach, sowie Julius Hildebrand, Kaufmann und Conrad Hildebrand, Konditor, beide in Eberbach.

Zwangsvollstreckungen

Calw, 7. März. (Zwangsvollstreckung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Kartung Calw gelegenen, auf den Namen der Elja Müller, geb. Sittel, Ehefrau des Adolf Müller, techn. Reichsbahninspektors in Calw, eingetragenen Grundstücke: Wohnhaus mit gewölbtem Keller, Hofraum und Winkel, Gemüsegarten hinter dem Haus Nr. 19 Altdorferstraße, Parz. Nr. 273; 93 qm Gemüsegarten daselbst, Parz. Nr. 274; 1 A 63 qm Gemüsegarten daselbst. Zeitiger Verkaufswert 18 000 Mark, am Dienstag, den 14. März 1933, vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus in Calw versteigert werden.

Beste Nachrichten

Mahnahmen gegen tendenziöse Auslandsberichterstattung
Berlin, 7. März. Angesichts der böswilligen Berichterstattung über innerdeutsche Vorgänge in der ausländischen Presse waren seitens der Reichsregierung ernste Maßnahmen gegen eine Anzahl von Auslandskorrespondenten in Vorbereitung. Ein Teil der fraglichen Korrespondenten hat sich dem Zugriff der Polizei durch Abreise entzogen; was die übrigen Korrespondenten anlangt, so liegt von diesen nunmehr die Zusage vor, in Zukunft in ihrer Berichterstattung sich jeder böswilligen Tendenz zu enthalten und Zweideutigkeiten zu vermeiden. Mit Rücksicht hierauf und auf die einschichtige Beurteilung der hiesigen Vorgänge im Auslande sind die fraglichen Korrespondenten zunächst von der Ausweisung verschont geblieben, es ist ihnen vielmehr eine Bewährungsfrist von zwei Monaten zugewilligt worden.

Beerdigung des SA-Scharführers Hoffmann — Schiffe auf den Reichszug — Ein Leier, sechs Verletzte
Düsseldorf, 7. März. Heute nachmittag fand die feierliche Beerdigung des vergangenen Woche bei einem kommunistischen Mordanschlag durch einen Schuß getöteten SA-Scharführers Julius Hoffmann unter überaus großer Beteiligung der SA, der SS, des Stahlhelms und der übrigen nationalen Organisationen statt. Als der gewaltige Zug die Kavalleriestraße passierte, wurde er von Kommunisten aus Dachfenstern und Kellerrufen beschossen. Der Trauerzug wurde unter strengen Wesperrungsmaßnahmen bis zum Südfriedhof weitergeführt, wo die Beisetzung erfolgte. Eine Person wurde getötet, sechs mehr oder weniger schwer verletzt. 30 Personen sind festgenommen worden.

SS im Königsberger Gerichtsgebäude
Königsberg, 7. März. Gegen 20 Uhr versammelte sich vor dem neuen Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge, in der man zahlreiche SS-Leute bemerkte. Eine Abordnung von etwa 20 SS-Leuten betrat das Gerichtsgebäude, um mit dem Oberstaatsanwalt und dem zuständigen Untersuchungsrichter über die Freilassung des seinerzeit unter

dem Verdacht der Mitbeteiligung an den Zwischenfällen im August verhafteten Chauffeur Philipp des NSDAP-Gauleiters Koch zu verhandeln. Nach zweistündiger Verhandlung wurde der Haftbefehl gegen Philipp aufgehoben. Bei seinem Erscheinen auf der Straße wurde Philipp mit dreifachen Heilrufen begrüßt, von SS-Leuten auf die Schultern genommen und unter dem Beifall der Menge zum Auto gebracht, das ihn fortführte.

Schließung des Gelsenkirchener Volkshauses

Gelsenkirchen, 7. März. Das als kommunistische Hochburg bekannte „Volkshaus“ wurde heute von der politischen Polizei geschlossen und versiegelt. Die Beamten beschlagnahmten mehrere Tausend revolutionäre Flugschriften und entdeckten schließlich ein unterirdisches Gelaß, in dem die KPD-Funktionäre ihre Sitzungen abhielten und von wo sie unentdeckt ins Freie gelangen konnten. Die von den Kommunisten gehaltenen roten Fahnen wurden von der SA heruntergeholt und vor dem Hause verbrannt.

Der Präfekt des Departements Bouches-du-Rhône von seiner Freundin erschossen

Paris, 7. März. Wie jetzt bekannt wird, ist der Präfekt des Departements Bouches-du-Rhône heute mittag in Paris, wo er sich aufhielt, in der Wohnung seiner Freundin von dieser erschossen worden.

Wiederaufnahme der normalen Geschäftstätigkeit bei den Bundesreserverebanken

Washington, 7. März. Das Schatzamt ermächtigte die Bundesreserverebanken, ihre normale Geschäftstätigkeit wieder aufzunehmen.

Gestorben

Freudenstadt: Friedrich Wolf, Werkzeuggeschäft.

Wetter für Donnerstag

Infolge der westlichen Depression ist für Donnerstag wenn auch zeitweilig aufheiterndes, so doch immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieffer'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: E. Pau!

Mein Gewicht ist zu hoch

„Nach dem Verbrauch von 2 Kurpackungen der Selben Drops ging mein Gewicht von 214 Pfund auf 197 Pfund zurück.“
Für die Gesundheit: Sani Drops Kurpackung Mk. 2.75; Ketsp. 1.50. Zur Entfettung: Gelbe Drops Kurp. Mk. 2.75. In den Apotheken in Altensteig, Hailerbach u. Bialzarafenweiler.

Die neuen Telefon-Verzeichnisse

mit den SA-Nummern sind fertiggestellt und sind zu haben in der Preis 40 S
Buchhandlung Kauf, Altensteig.
Engelöfsterle.

Bergebung von Bauarbeiten

Zum Wohnhausneubau für Wilhelm Knauf, Gärtner sind die gesamten Bauarbeiten zu vergeben. Pläne und Boranschlag liegen bei dem Bauherrn und bei dem Untergzeichneten zur Einsicht auf und sind Angebote in Prozenten auszudrücken spätestens bis Mittwoch, den 15. März, mittags 12 Uhr euzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. Die Wahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten.
Altensteig, den 8. März 1933.

J. A. A. Gang, Architekturbüro
Telefon SA. 287.

Bergebung von Bauarbeiten.

Ich habe im Auftrag von Herrn Georg Schütte, Landwirt in Walddorf die bei dessen Anwesen-Neubau zur Ausführung kommenden Grab-, Seiten-, Mauer-, Zimmer-, Schinde-, Dachdecker-, Klempner-, Glaser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Tapezier-, Elektro- und Wasserinstallationsarbeiten zu vergeben.

Arbeitspläne und Boranschläge liegen beim Bauherrn auf. Boranschläge werden gegen Erlos der Schreibkosten an Unternehmer, welche sich um die Uebertragung der Arbeiten bewerben wollen, beim Bauherrn abgegeben. — Die Angebote müssen bis Montag, den 13. März beim Bauherrn wieder abgegeben werden.

Die Bauleitung:

Th. Körner i. a., Baumeister für landw. Bauwesen, Stuttgart
Reinsburgstr. 97, Telefon 61051.

Mit gutem Erfolg

inscrieren Sie in der
Schwarzwälder Tageszeitung

LUGER
Frische Bäcklinge
Pfund 20 S
Schöner Blumenkohl
gelbe Rüben
Sellerie

Schreinerlehrlings-Gesuch.
Einen kräftigen Jungen nimmt in die Lehre mit Kost und Wohnung.
Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.

Herabgesetzte Laden-Verkaufspreise für Persil:
Doppel-Paket Persil 65 R.-Pfg.
Normal-Paket Persil 35 R.-Pfg.
Persil bleibt unverändert in Güte und Vollkommenheit!
Niemals lose, nur in der bekannten Originalpackung!
Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

Statt Karten! Edelweiler — Pfalzgrafenweiler.
Hochzeits-Einladung.
Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 9. März 1933** in unserem elterlichen Gasthaus zum „Engel“ in Pfalzgrafenweiler stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.
Fritz Schurr | **Emmy Eistetter**
Sohn des Gottfr. Schurr | Tochter des Johs. Eistetter
Edelweiler | Pfalzgrafenweiler
Kirchliche Trauung 1/12 Uhr.

Geschäftsübernahme!
Ich teile der Einwohnerschaft von Altensteig und Umgebung mit, daß ich die Wagnerei des + Jakob Waser weiterführe.
Ich empfehle mich zu allen Wagnerarbeiten, sowie Anfertigung von Autopreisen, Führerscheinen und sämtlichen Aufsätzen für Autos.
Reparaturen prompt und billig.
Ernst Wackenhuth, Wagner, Altensteig.

Altensteig.
la. Wasserglas zum Einlegen
Für Wiederverkäufer billigste Bezugsquelle empfiehlt
Chr. Burghard jr.
Sonder-Angebot!
Nessel, 70 cm brt. m -.09 (für Mullwindeln)
Stuhltuch, roh 76-86 brt. m -.26, -.32, -.36-40, -.50
Stuhltuch für Matratzenschoner 130 cm -.50
weiß Cretonne-35,-.32 garngebl. Tuch für Leintücher 150 cm brt. -.95
Bett-Kattun ab -.45
Damast 130 cm brt. ab -.75
weiße Bettwäsche, einzel. Stücke, besonders billig
weiße Reste jeder Art weit unter Preis
Bettbarchent 122-130 cm brt. ab 1.30
Bettbarchent 80/2 brt. ab -.85 bei
Reinhold Hayer.